

01/2022

fdplus

DAS WICHTIGE TUN.

BUNDESREGIERUNG

Unsere FDP-Minister sprechen
über ihre Ämter

PARTEI

Bijan Djir-Sarai wirbt um das
Vertrauen der Mitglieder

LANDTAGSWAHLEN

Saarland, Schleswig-Holstein und
Nordrhein-Westfalen vor der Wahl

04 MELDUNGEN

05 UNSEREN ERFOLGREICHEN KURS GEMEINSAM FORTSETZEN

Der designierte Generalsekretär Bijan Djir-Sarai wirbt um das Vertrauen der Mitglieder.

08 EIN LAND WILL NEU.

Vor der Landtagswahl im Saarland stellt Angelika Hießerich-Peter ihr Programm für Wachstum und Modernisierung vor.

09 DIE FDP SCHLESWIG-HOLSTEIN HAT, WAS DAS LAND JETZT BRAUCHT

Dr. Bernd Buchholz will Schleswig-Holstein weiter voranbringen.

10 VON HIER AUS WEITER.

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen tritt Dr. Joachim Stamp dafür an, auch weiterhin Regierungsverantwortung zu übernehmen.

11 ORIENTIERUNG IN DER IMPFPFLICHT-DEBATTE

Die Bundestagsabgeordneten Wolfgang Kubicki, Katrin Helling-Plahr und Andrew Ullmann über ihre Anträge zur Impfpflicht.

14 HOW TO SOCIAL MEDIA FÜR IHREN ORTSVERBAND

Vier Tipps für einen gelungenen Social-Media-Auftritt.

15 EIN LIBERALES LEBEN

Sonja Müller engagiert sich nicht nur innerhalb der Partei, sondern pflegt zusätzlich ein außergewöhnliches Ehrenamt.

16 ÜBER EINEN, DER AUSZOG, UM DIE FDP ZU UNTERWANDERN

Eine Rezension über die Autobiografie von Dr. Hermann Otto Solms.

17 DER DYNAMISIERER

Christian Dürr ist neuer Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Ein Kurz-Porträt.

18 UNSERE MINISTER IM INTERVIEW

Die fdplus befragt Christian Lindner, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marco Buschmann und Dr. Volker Wising über ihre Aufgaben im neuen Amt.

22 WIE WIR DIE INNOVATIONSKRAFT DEUTSCHLANDS STÄRKEN MÜSSEN

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué schlägt effektive Maßnahmen vor.



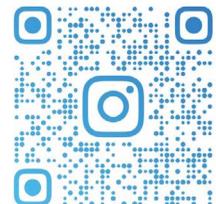
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp





Marie-Christine Götz
Leiterin Kommunikation
und Kampagne

Liebe Leserinnen und Leser,

der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Wladimir Putins gegen die Ukraine markiert eine tiefe Zäsur. Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und der NATO handeln wir entschlossen und schnell. Im Rahmen der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 27. Februar wurde ein komplett neues Kapitel in der Außen- und Sicherheitspolitik aufgeschlagen. Die FDP und unser Bundesvorsitzender Christian Lindner tragen daran einen entscheidenden Anteil.

Als wir dieses Heft geplant haben, war noch nicht abzusehen, dass sich die Lage in der Ukraine zum Veröffentlichungszeitpunkt so entwickeln würde. Wir haben uns entschieden, dennoch planmäßig zu veröffentlichen, um Ihnen wie gewohnt interessante Inhalte zur Verfügung stellen zu können. Zur aktuellen Lage und zu den Maßnahmen hat unser designierter Generalsekretär Bijan Djir-Sarai eine ausführliche Mitgliederinformation verschickt. Selbstverständlich werden wir Sie über alle verfügbaren Kanäle weiterhin über diese sehr dramatische und dynamische Lage informieren.

Klar ist: Das Motto dieses Heftes „Das Wichtige tun“ gilt gerade auch jetzt. Wir sind entschlossen, mit den ergriffenen Maßnahmen den Frieden und die Sicherheit in Deutschland und Europa zu sichern.

Die Freien Demokraten stehen unmissverständlich an der Seite der Ukraine und der Menschen dort. Als Zeichen für Solidarität und Frieden hat die Bundesgeschäftsstelle die Fassade der Parteizentrale in Berlin in den ukrainischen Nationalfarben beleuchtet. In dieser außen- und sicherheitspolitischen Krise appellieren wir an alle diejenigen, die sich für Rechtsstaatlichkeit, für Völkerrecht und Menschenrechte, für Demokratie und Freiheit einsetzen, zusammenzustehen und entschlossen den Frieden zu verteidigen.

Ihre

Marie - Christine Götz



01 **DIGITALISIERUNG: NORDRHEIN-WESTFALENS SCHULEN WEIT VORNE**

Die digitalen Ausstattungsprogramme von Bund und Land im Rahmen des „DigitalPakt Schule“ sind fast vollständig ausgeschöpft. Bis Ende des Jahres 2021 wurden rund 93 Prozent der Mittel von den Schulträgern in Nordrhein-Westfalen beantragt. FDP-Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer erklärte dazu: „Ich bin dankbar, dass die Ausstattungsprogramme so gut umgesetzt werden. Nordrhein-Westfalen liegt bei der Umsetzung des DigitalPakts Schule in der Spitzengruppe der Bundesländer. Es zahlt sich aus, dass wir seit Regierungsantritt die Digitalisierung mit großer Kraft vorangetrieben haben, und das werden wir auch weiter tun.“

02 **FÜR DEMOKRATIE UND VIELFALT**

FDP-Schatzmeister Harald Christ startete an seinem 50. Geburtstag Anfang Februar die Arbeit an einer eigenen Stiftung. Die „Harald Christ Stiftung für Demokratie und Vielfalt“ soll im Sommer in Berlin ihren Dienst aufnehmen. Ziel ist es, unter anderem junge Menschen aus benachteiligten Lebensverhältnissen zu unterstützen, einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie auf Basis des Grundgesetzes zu leisten und die Freiheit von Meinung und Presse zu stärken. Die Stiftung will Preise verleihen sowie Projekte und Nachwuchsjournalisten fördern. Christ spendet dafür 50.000 Euro.



03 **SAVE THE DATE: BUNDESPARTEITAG**

Der 73. Ordentliche Bundesparteitag wird am 23. und 24. April in Berlin stattfinden. Merken Sie sich den Termin gerne vor. Weitere Informationen erfolgen in Kürze.

A portrait of Bijan Djir-Sarai, a man with short dark hair, wearing a grey suit, white shirt, and dark tie. He is looking directly at the camera with a slight smile. The background is a blurred glass and metal structure, possibly a modern building or a bridge. The image is framed by a bright yellow border.

UNSEREN ERFOLGREICHEN KURS GEMEINSAM FORTSETZEN

Bijan Djir-Sarai wirbt um das Vertrauen der Mitglieder und Delegierten der Freien Demokraten, um beim nächsten Bundesparteitag zum neuen FDP-Generalsekretär gewählt zu werden. Das Amt nimmt er bereits kommissarisch wahr. Hier stellt er seine wichtigsten Themen vor. Mit starker Stimme möchte Djir-Sarai liberale Kernthemen wie Bürger- und Menschenrechte vertreten.



→ **BIJAN DJIR-SARAI, DESIGNIERTER FDP-GENERALSEKRETÄR**

Deutschland befindet sich im dritten Jahr der Pandemie. Nach wie vor bestimmt Corona unseren Alltag, auch wenn mittlerweile umfangreiche Lockerungen und das Ende aller tiefgreifenden freiheitseinschränkenden Corona-Schutzmaßnahmen ab dem 20. März in Aussicht stehen. Der pandemiebedingte Ausnahmezustand verlangt unserer Gesellschaft weiterhin sehr viel ab. Nach der anfänglichen Hoffnung, die Impfung könnte uns innerhalb von wenigen Monaten wieder zurück ins normale Leben führen, hat sich die Gewissheit durchgesetzt, dass wir noch immer nicht da sind, wo wir gerne sein würden. Man darf die Situation nicht schönreden: Noch immer stehen wir vor immensen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt.

AUF VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT DER SCHUTZMASSNAHMEN GEDRUGEN

Wir dürfen aber genauso wenig kleinreden, was in letzter Zeit geschafft wurde: Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir Freie Demokraten maßgeblich dazu beigetragen, dass es in Deutschland keine flächendeckenden Lockdowns mehr gibt. Wir haben darauf ge-

drungen, dass Schulen die gebotene Priorität eingeräumt wird und sie so lange wie irgend möglich offenbleiben, um für die Jüngsten in unserer Gesellschaft das Recht auf Bildung gewährleisten zu können und sozialer Isolation vorzubeugen. Dass die verfassungsrechtlich gebotenen Prinzipien von Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit in der Diskussion um Schutzmaßnahmen wieder ernst genommen werden, hat wesentlich mit den Freien Demokraten in der Bundesregierung zu tun.

GESTÄRKT AUS DER KRISE HERVORGEHEN

Trotz bisweilen hoher Infektionszahlen haben wir eine Überlastung des Gesundheitssystems bislang erfolgreich verhindert. Ebenso haben wir keine so starke Zunahme an schwerwiegenden Krankheitsverläufen gesehen, wie zum Teil befürchtet. Das alles zeigt uns, dass wir berechtigten Grund zu der Hoffnung haben können, dass die Pandemie bald hinter uns liegen wird und wir als Gesellschaft aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. Die sozialen Folgeschäden, deren wahres Ausmaß sich erst in den kommenden Jahren zeigen wird, rücken mehr und mehr in den Vordergrund. Wir müssen alles dafür tun, um den

Menschen, die unter der Pandemie gelitten haben, all die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie benötigen. Ich denke da vor allem an die Kinder und die jungen Menschen, denen Corona wichtige Jahre ihrer persönlichen Entwicklung geraubt hat. Ich denke an all die Familien, die parallel zum pandemiebedingten Ausnahmezustand ihren eigenen ganz persönlichen Ausnahmezustand im täglichen Familienleben schultern mussten. Ich denke an die Älteren und all die besonders Schutzbedürftigen in unserer Mitte, die auf unser aller Solidarität angewiesen waren und es weiter sind. Ich habe großes Vertrauen in unser Land. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft stark ist und diese Herausforderungen meistern kann.

DIE LIBERALE STIMME WEITER STÄRKEN

Ich fühle mich angesichts meiner Nominierung als Generalsekretär unserer Freien Demokratischen Partei zutiefst geehrt und möchte – das Vertrauen der Delegierten auf dem nächsten Bundesparteitag im April vorausgesetzt – meine Kraft dem Ziel widmen, die Stimme der FDP als Partei für das liberale Aufstiegsversprechen, für die individuelle Freiheit und für Zukunftsoptimismus weiter zu stärken. Ich habe keinerlei Zweifel daran, dass wir als eigenständige politische Kraft der Mitte in diesem Land dringender denn je gebraucht werden und dass wir unser Profil nachhaltig schärfen können. Gerade auch als gestaltender Teil in der ersten Dreierkoalition auf Bundesebene. Ich habe den Erneuerungsprozess der FDP in der außerparlamentarischen Opposition miterlebt. Dieser beispiellosen, erfolgreichen Neuorientierung haben wir uns aus einer schwierigen Situation heraus offen und mit Tatkraft gestellt. Ich frage mich, was können wir erst aus einer Position der Stärke heraus möglich machen, in der wir uns jetzt befinden?

MARKENKERN ALS BÜRGER- UND MENSCHENRECHTSPARTEI PFLEGEN

Wir sollten uns als Partei ambitionierte Ziele setzen. Machen wir gemeinsam die FDP noch moderner und attraktiver. Ich möchte, dass wir unsere Grundüberzeugungen wie Freiheit und Eigenverantwortung noch stärker in unsere eigenen Strukturen hineinbringen und erlebbar machen. Ich möchte, dass wir unseren Markenkern als Bürger- und Menschenrechtspartei nach außen hin pflegen. Ich möchte, dass sich alle mitgenommen fühlen und Freude dabei empfinden, sich in diesen Prozess einzubringen. Mir ist bewusst, dass wir diese Weiterentwicklung nur gemeinsam schaffen und sie nicht einseitig

ausgerufen werden kann. Aber genauso, wie wir in der Bundesregierung und den Landesregierungen dafür arbeiten, dass die Gesellschaft zusammenhält, müssen wir auch als Partei zusammenhalten und Vertrauen in uns selbst haben.

DIE GANZE BREITE DER GESELLSCHAFT ABBILDEN

Es ist offenkundig: Wir haben im vergangenen Jahr viele Menschen überzeugen können, Mitglied bei den Freien Demokraten zu werden. Wir sind auf über 77.000 Unterstützerinnen und Unterstützer angewachsen, und die Partei hat sich verjüngt. Doch ich würde mir wünschen, dass es uns auch gelingt, mehr Frauen und mehr Menschen mit internationaler Geschichte für unsere Arbeit und unseren weltoffenen Politikstil zu begeistern. Es liegt in unserem ureigenen Interesse, als pro-europäische Bürgerrechtspartei in unseren Reihen die ganze Breite und Vielfalt der Gesellschaft abzubilden. Das können wir schaffen. Wer sagt denn, dass all die Neugier und Motivation unserer Neumitglieder, die größtenteils vergleichsweise jung sind, nicht mit den unschätzbaren wertvollen Erfahrungen und dem Engagement unserer langjährigen Mitglieder eine Weiterentwicklung unserer Partei anstoßen kann, die auf einem breiten Fundament steht? Ich bin bereit, gemeinsam mit Ihnen und Euch vollen Einsatz für die Partei zu zeigen und die FDP weiter auf ihrem Erfolgskurs voranzubringen. ■

i Geboren am 6. Juni 1976 in Teheran, Iran; verheiratet; zwei Kinder. Abitur in Grevenbroich; Studium an der Universität Köln, Abschluss Diplom-Kaufmann; ab 2009 erstmals Bundestagsabgeordneter; seit März 2014 Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Düsseldorf; 2017 Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag, außenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion bis Februar 2022; Vorsitzender der Landesgruppe NRW, seit 2021 designierter Generalsekretär der FDP.

EIN LAND WILL NEU.

Im Saarland wird am 27. März ein neuer Landtag gewählt. Es ist die erste Wahl nach der Bildung der Ampel-Regierung im Bund. Die Freien Demokraten werben nach 10 Jahren Schwarz-Rot für Wachstum und Modernisierung.



Angelika Hießerich-Peter
FDP-Spitzenkandidatin
zur Landtagswahl im
Saarland

EIN LAND WILL WACHSEN

Damit der Wachstumsmotor im Saarland wieder anläuft, wollen wir Unternehmensansiedlungen zur Chefsache machen. Es braucht Wandel, größer als das Saarland. Im Rahmen einer Luxemburg-Strategie und der Zusammenarbeit in der Grenzregion können wir so unsere Stärken entwickeln. Die Infrastruktur wollen wir modernisieren und ausbauen und den Bürokratieabbau vorantreiben. Dies ist zusammen mit dem Fachkräftemangel für unseren Mittelstand ein drängendes Problem. Gründung und Übernahme von Unternehmen wollen wir durch die Schaffung von „One-Stop-Shops“ in der Verwaltung vereinfachen.

Klimaschutz und Mobilität sind für uns keine Gegensätze. Wir setzen auf modernen und klimaneutralen ÖPNV. Unser Land braucht eine ganzheitliche Smart-City-Strategie.

EIN LAND WILL LERNEN

Bildung ist Zukunft. Weltbeste Bildung heißt für uns: neunjähriges Gymnasium „Plus“ sowie die Zukunftsfächer Wirtschaft und Informatik für alle. Die Gemeinschaftsschulen wollen wir modularisieren und sie mit offenen Werkstätten zu Orten für kreatives Ausprobieren machen. So können junge Menschen schon früh ihre Kompetenzen in Handwerk und Dienstleistung stärken. In zusätzlichen Talentschulen

mit MINT-Schwerpunkt bereiten wir Schülerinnen und Schüler auf die Berufe der Zukunft vor. Hochschulen und berufliche Bildungszentren müssen zu attraktiven und innovativen Lernorten werden. Echte digitale Bildung erreichen wir, indem wir bereits in der Lehrerbildung dazu Schwerpunkte setzen, die Schulen auskömmlich mit WLAN und Breitband ausstatten sowie die Lehrer mit regelmäßigen Fortbildungsangeboten auf dem neuesten Stand halten.

EIN LAND WILL FUNKTIONIEREN

Die Pandemie ist noch nicht beendet. Die Herausforderungen und Risiken sind nach wie vor groß. Dennoch gilt es, schnellstmöglich und zugleich verantwortungsvoll zu einem geordneten und normalen Alltag zurückzukehren. Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit von Corona-Schutzmaßnahmen müssen immer wieder auf den Prüfstand. Wichtig ist es, Unternehmen, Kulturschaffenden und Veranstaltern Planungssicherheit und damit echte Perspektiven zu geben.

Das Saarland braucht dringend Veränderung – die gibt es nur mit den Freien Demokraten im Landtag. Ein Land will neu. ■



DIE FDP SCHLESWIG-HOLSTEIN HAT, WAS DAS LAND JETZT BRAUCHT

Die Liberalen in Schleswig-Holstein regieren seit 2017 gemeinsam mit CDU und Grünen in einer Jamaika-Koalition. Spitzenkandidat Dr. Bernd Buchholz wirbt im Wahlkampf für weitere Modernisierungen.



Christian Renatus
Wahlkampfmanager

Am 8. Mai wählen die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ein neues Parlament. Die Freien Demokraten treten mit Wirtschaftsminister Bernd Buchholz als Spitzenkandidat an. Das Team, zu dem u. a. Dr. Heiner Garg, Annabell Krämer und Christopher Vogt gehören, will bei der Landtagswahl in ein paar Wochen sein stärkstes Ergebnis einfahren. „Unser Ziel sind 15 Prozent. Damit würden wir unser bislang bestes Resultat von 2017 noch toppen“, gibt Buchholz vor. Denn: „Ohne uns soll eine Regierungsbildung nicht möglich sein.“

Dass das realistisch ist, zeigt die Statistik: In den Umfragen liegt die FDP Schleswig-Holstein aktuell stabil bei zehn bis zwölf Prozent. 71 Prozent der Menschen sind mit der aktuellen Landesregierung, in der die FDP mit Bernd Buchholz und Heiner Garg zwei Minister stellt, zufrieden oder sehr zufrieden. Bessere Zustimmungswerte hat keine andere Landesregierung.

„Für uns Freie Demokraten ist das Bestätigung und Ansporn zugleich“, so Buchholz. „Wir haben in den letzten Jahren viel dafür ge-

tan, mehr Lebensqualität in Schleswig-Holstein zu schaffen. Wir haben viele Dinge auf den Weg gebracht, aber noch nicht alles umgesetzt. Wir wollen nicht auf halber Strecke aufhören, sondern weitermachen mit unserem Zukunftsprogramm für Schleswig-Holstein. Wir wollen weiter gestalten und unserem Land einen Weg in die Zukunft weisen.“ Die FDP-Regierungsbeteiligung hat dem nördlichsten Bundesland gutgetan und wird es auch in Zukunft. „Wir haben die Ideen, wir haben den Willen und die Personen, um Schleswig-Holstein weiter nach vorn zu bringen.“

Die Freien Demokraten treten mit dem Slogan „Was das Land jetzt braucht“ an. Thematisch setzen die Nord-Liberalen auf eine starke Wirtschaft, die Digitalisierung des Bildungssektors, eine moderne, klimafreundliche Infrastruktur, solide Finanzen und eine Investitionsquote, die über zehn Prozent liegt.

Unterstützung im Wahlkampf erhalten die Freien Demokraten aus dem gesamten Bundesgebiet. So wird etwa FDP-Chef Christian Lindner unmittelbar vor dem Wahltermin



gemeinsam mit Spitzenkandidat Bernd Buchholz Wahlkampfauftritte im Land absolvieren. Er will sich für ein starkes zweistelliges Ergebnis starkmachen: „Wir werden die Menschen davon überzeugen, dass es nur gut werden kann, wenn wir Freie Demokraten auch in den kommenden fünf Jahren Sorge dafür tragen, Schleswig-Holstein weiter zu modernisieren. Ein gutes Ergebnis für uns Freie Demokraten bei der Landtagswahl wäre ein gutes Ergebnis für unser Land.“ ■

VON HIER AUS WEITER.

Seit 2017 stehen wir Freie Demokraten in Nordrhein-Westfalen in Regierungsverantwortung. Vieles konnten wir in dieser Zeit erreichen. Doch das ist erst der Anfang. Bei der Landtagswahl treten wir an, um unser Land noch freier, fairer und moderner zu machen.



Dr. Joachim Stamp
FDP-Spitzenkandidat
zur Landtagswahl in
Nordrhein-Westfalen

Am 15. Mai sind die Menschen in Nordrhein-Westfalen aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Wir Freie Demokraten wollen auch nach der Wahl weiterhin Regierungsverantwortung übernehmen. Deswegen wollen wir so stark werden, dass aus der Mitte des Parlaments ohne uns keine Mehrheit gebildet werden kann. Denn wir sind überzeugt: Egal ob im Bund oder im Land – die FDP in der Regierung macht den Unterschied.

Etwa für beste Bildung: Wir haben die Talentschulen auf den Weg gebracht, die sich nun auch im Koalitionsvertrag im Bund wiederfinden. Nun wollen wir die Zahl der Talentschulen in NRW auf 1.000 Schulen im ganzen Land ausweiten. Denn für uns ist klar: Weder der Geldbeutel der Eltern noch der Geburtsort dürfen darüber entscheiden, welche Chancen die Kinder und Jugendlichen haben – entscheiden müssen Talent und Fleiß. Auch den Wirtschaftsstandort NRW wollen wir weiter stärken. Klar ist: Eine Zettelwirtschaft schafft keinen Wohlstand. Vorankommen muss auch für Unternehmen leichter werden – durch weniger Regeln, fairen Wettbewerb und eine zuver-



lässige Energieversorgung. Für eine neue Gründerkultur wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Unsere Gründerstipendien sind dafür nur ein Anfang. Digitale Freiheitszonen sollen die Innovationskraft NRWs stärken. Und nicht zuletzt soll sich jede und jeder auch persönlich etwas aufbauen können: Zum Beispiel mit einem Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer, mit dem sich junge Familien den Traum vom Eigenheim leichter erfüllen können. Und mit Wohnraum, den sich alle leisten können.

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht – und noch mehr vor. Daher bleiben wir

nicht stehen, sondern bringen Nordrhein-Westfalen weiter voran. Dazu passt auch die Gestaltung unserer Kampagne: Sie leuchtet in den Farben der Freien Demokraten und strahlt unseren Optimismus aus. Und sie macht unseren Anspruch klar: „VON HIER AUS WEITER“.

Im Wahlkampf werden wir nun mit vollem Einsatz für unsere Ideen und Konzepte werben. Dabei setzen wir vor allem auf unsere engagierten Mitglieder – das sind in Nordrhein-Westfalen inzwischen über 20.000! Diesen Zuspruch und Schwung wollen wir nun mitnehmen und NRW noch freier, fairer und moderner machen. ■

Wir Freie Demokraten sind der Meinung, dass es bei der Frage der Impfpflicht wichtig ist, dass es eine offene, nicht fraktionsgebundene Debatte und Abstimmung im Bundestag gibt. Drei FDP-Abgeordnete machen das Meinungsspektrum im Parlament sichtbar.

WARUM ICH GEGEN EINE ALLGEMEINE IMPFFLICHT BIN



Wolfgang Kubicki
Mitglied des Deutschen Bundestags und
stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender

Wenn die Impfstoffe so gewirkt hätten, wie wir es uns alle im letzten Jahr noch erhofft haben, wäre die Herdenimmunität mit unserer Impfquote längst erreicht. Verschiedene Mutationen haben das leider verhindert. Eine Herdenimmunität werden wir mit den zur Verfügung stehenden Impfstoffen nicht erreichen. Ich werbe trotzdem weiter für die Impfung, denn sie beugt einem schwereren Krankheitsverlauf vor.

Wie bei allen Maßnahmen sollten wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren und stets hinterfragen, ob das zur Diskussion stehende Mittel geeignet und erforderlich ist. Das Ziel kann hierbei jedoch nicht sein, jeden Menschen vor einer Infektion zu schützen. Es ist das Recht eines Jeden, Mittel abzulehnen, die der Staat dafür als notwendig erachtet. Das widerspricht meinem Menschenbild und meinem Staatsverständnis und im Übrigen auch dem unserer Verfassung.

Ein legitimes und richtiges Ziel ist es, unser Gesundheitssystem vor einer möglichen Überlastung zu schützen. Aber inwieweit wird dieses Ziel durch eine allgemeine Impfpflicht erreicht? Wir haben erleben dürfen, dass das deutsche Gesundheitswesen auch in den schlimmsten Phasen der Pandemie vergleichsweise gut gewappnet war, auch wenn es regional zu Überlastungen gekommen ist. Die Omikron-Variante führt nun sogar zu einer immer weiteren Entkopplung des Infektionsgeschehens von der Hospitalisierung. Eine Überlastung droht nicht, wie auch die Omikron-Erfahrungen aus Ländern mit einem vulnerableren Gesundheitswesen zeigen, beispielsweise Großbritannien. Aber auch ohne diese Entwicklung würde gelten, dass die Reduzierung der Intensivkapazitäten

während einer Pandemie nicht dadurch aufgefangen werden darf, dass wir die Bürgerinnen und Bürger zu Maßnahmen der medizinischen Prophylaxe verpflichten oder gar zwingen. Das wäre eine merkwürdige Umkehrung des Gedankens der Daseinsvorsorge.

Last but not least: Das Robert Koch-Institut hat jüngst ermittelt, dass beispielsweise in der Gruppe der Migrantinnen und Migranten eine niedrige Impfquote besteht, obwohl die Impfbereitschaft vergleichsweise hoch ist. Es liegt hier offensichtlich unter anderem an Sprachbarrieren. Anschaulicher kann man nicht illustrieren, dass mit zielgerichteten und guten Kampagnen noch viel Luft nach oben ist, um die Impfquote zu steigern.

Wir sollten uns darauf konzentrieren und als aufgeklärte und mündige Gesellschaft diese Pandemie überwinden. Das ist im Übrigen auch der wirksamste Weg. ■



DER STAAT IST NICHT ZUR UNTÄTIGKEIT VERDAMMT



Katrin Helling-Plahr
Mitglied des Deutschen Bundestags und
Mitglied im Gesundheitsausschuss

Eltern und Kinder bangen inzwischen jeden Winter, ob Schule und Kita besucht werden können. Einzelhändler, Gastronomen und viele weitere Branchen kämpfen ums Überleben, weil ihnen Schutzmaßnahmen und Kundenschwund das Geschäft verhaseln. Für Schwerkranke werden dringend erforderliche medizinische Behandlungen verschoben, weil coronabedingt weniger Behandlungskapazitäten in den Krankenhäusern zur Verfügung stehen.

Auf dem Rücken all dieser Menschen wird die viel zu geringe Impfquote in Deutschland ausgetragen. All diesen Menschen gegenüber besteht eine Schutzpflicht des Staates. Eine Schutzpflicht, der der Staat gegenwärtig nicht annähernd gerecht wird.

Daran ändert auch Omikron nichts: Die etwas geringere individuelle Gefahr geht eben nicht einher mit einer reduzierten gesellschaftlichen Gefahr. Im Gegenteil: Die schnellere Verbreitung führt tendenziell zu einer stärkeren Belastung des Gesundheitssystems als Ganzes. Aufgrund welcher Variante Nicht-Covid-Patienten geplante Behandlungen verwehrt werden müssen, ist letztlich egal.

Man darf sich aber keinen Illusionen hingeben: Ausgehend von der bisherigen Mutationsfreudigkeit des Virus ist nicht davon auszugehen, dass Omikron – egal ob Subtyp BA.1 oder BA.2 – auch im Herbst noch die dominante Variante sein wird. Die Einführung einer Impfpflicht ist daher nicht so sehr gegen die aktuelle Welle gerichtet, sondern soll sicherstellen, dass gerade der Faktor, der Covid-19 jenseits der inhärenten Eigenschaften des Virus so gefährlich macht, nämlich die Immunität von immer noch zu großen Teilen der Bevölkerung, zukünftig so nicht mehr existiert.



Foto: iStock/Nadzeya_Dzivakova

Manche glauben, das Problem löse sich von selbst: Wer sich nicht impfe, infiziere sich halt, zudem gebe es ja nun Medikamente. Leider zeigen neue Studien, dass gerade mildere Krankheitsverläufe eine deutlich schwächere Immunität als die Impfung erzeugen und dies zudem nicht zuverlässig tun. Die neuen Medikamente haben mutagenes Potenzial und erhöhen bei breiter Anwendung die Gefahr weiterer neuer Varianten drastisch. Es ist nicht klug, als Gesellschaft einseitig auf antivirale Therapien zu setzen. Long Covid ist – bei Kindern wie Erwachsenen – noch nicht im Ansatz erforscht, dürfte aber auf Jahre eine menschliche wie wirtschaftliche Geißel unserer Gesellschaft werden.

Grundrechte sind Abwehrrechte gegenüber dem Staat. Sie sollen den Staat zwingen, sich zu rechtfertigen, wenn er in die von ihnen geschützten Rechtsgüter eingreift. Sie sollen ihn nicht zur Untätigkeit verdammen. ■

DAS ALTER ALS EINFACH ZU MESSENDER RISIKOFAKTOR



Prof. Dr. Andrew Ullmann
Mitglied des Deutschen Bundestags und
Mitglied im Gesundheitsausschuss

Ich stand einer Impfpflicht sehr lange kritisch gegenüber. Meines Erachtens kann eine verpflichtende Impfung nur der letzte Schritt und muss wohl überlegt sein.

Der Ethikrat hat Ende des vergangenen Jahres eine wegweisende Stellungnahme veröffentlicht und darin eine Prüfung der Ausweitung der bereichsbezogenen Impfpflicht vorgeschlagen. Ich habe mir die Argumentation in der Stellungnahme sehr genau angeschaut, und ich habe mich im Lichte der Entwicklung der Omikron-Variante gefragt, ob der Weg von der Pandemie in einen endemischen Zustand bei uns nicht doch ohne einen solch kontroversen Schritt geht.

Mit anderen Abgeordneten der FDP, der Grünen und der SPD habe ich daher einen unideologischen und evidenzbasierten Weg vorgeschlagen. Im ersten Schritt laden wir alle ungeimpften Personen zu einer verpflichtenden Impfaufklärung ein. Die Gesellschaft teilt sich nicht nur in Impfgegner und Geimpfte. Es gibt eine große Anzahl an Menschen, die nicht geimpft sind, obwohl sie überzeugt werden könnten. Wir wollen daher jeder ungeimpften Person einen Termin zukommen lassen, der verpflichtend wahrgenommen werden muss. Im Anschluss der Beratung besteht die Möglichkeit, sich freiwillig impfen zu lassen. So können wir viele Fake News, Sorgen und Ängste entkräften und die Impfquote steigern.

Wir diskutieren aber auch über eine altersbezogene Impfnachweispflicht ab 50 Jahren. Das Alter ist ein einfach zu messender Risikofaktor für einen schweren Covid-19-Verlauf. Unser Ziel ist es, die Überlastung des Gesundheitssystems nachhaltig zu vermeiden. Sollte sich die Impfücke durch die verpflichtende Aufklärung nicht mit Freiwilligkeit schließen lassen, wäre ein weiterer

Schritt notwendig, um die Intensivstationen vor Überlastung zu schützen. Nach der jetzigen Datenlage wäre eine Impfnachweispflicht für Personen, die älter als 50 Jahre sind, hierfür zielführend. Es wäre die mildere Impfpflicht und der mildere staatliche Eingriff als eine allgemeine Impfpflicht ab fünf oder 18 Jahren. Dabei muss klar sein, dass diese Maßnahme vorausschauend für den Herbst 2022 gedacht ist. Die Immunitätslücke muss bis dahin geschlossen werden, um wiederkehrende Freiheitseingriffe zu verhindern. Den dritten Sommer in Folge nichts zu tun, ist politisch nicht verantwortbar. Sollte sich jedoch im Sommer abzeichnen, dass die Pandemie einen endemischen Verlauf nimmt, erübrigt sich die Impfpflicht in jeglicher Form. ■



HOW TO SOCIAL MEDIA FÜR IHREN ORTSVERBAND

Social-Media-Präsenzen gehören mittlerweile zum kleinen Einmaleins der digitalen Kommunikation. Doch gerade kleinere Ortsverbände scheuen den gefühlten hohen Aufwand. Vier Tipps für Ihren Auftritt.



Jonas Bayer
KV Harvestehude-Rotherbaum

Als Campaigner und Referent für Social Media werde ich regelmäßig gefragt, was bei der Betreuung von Social-Media-Kanälen für den eigenen Ortsverband zu beachten ist. Oftmals entsteht der erste direkte Kontakt mit den Freien Demokraten über den Social-Media-Auftritt eines Verbands. Gerade junge Personen schauen lieber mal schnell bei Instagram vorbei als auf die „offizielle“ Website. Aber keine Sorge: Im Grunde ist es relativ einfach. Ich möchte Ihnen meine vier Basics für einen soliden Social-Media-Auftritt mitgeben:

1 Seien Sie aktiv!

Das Wichtigste ist, dass der Account aktiv ist. Ganz egal, ob bei Facebook, Instagram oder Twitter: Nichts wirkt unattraktiver als ein leerer oder stark veralteter Social-Media-Auftritt. Kommunizieren Sie Ihre Stammtische, lassen sie einen Delegierten Ihren Instagram-Account während eines Parteitags übernehmen („Take-over“) oder stellen Sie die Vorstandsmitglieder in Porträts vor. Die Liste an Möglichkeiten ist lang! Sie können auch eigene Formate entwickeln. Zeigen Sie, dass Sie aktiv und präsent sind. Präsentieren Sie sich als aktiver und attraktiver Verband, in den sich jeder einbringen kann, anstatt das falsche Bild zu vermitteln, die letzte Veranstaltung sei ewig her.

2 Betreuen Sie die Community!

Einen Beitrag auf Instagram zu veröffentlichen ist oft schnell getan und erfolgt womöglich direkt im Anschluss an eine Veranstaltung. Dabei sollte die Community, also die Followerinnen und Follower, nicht vergessen werden: Ein leider häufiger Fehler ist die mangelnde Betreuung der Kommentare und Postfächer. Einem Interessenten, der sich nach dem Link zum Mitgliedsantrag erkundigt

oder einer Schülerin, die für eine geplante Podiumsdiskussion anfragt, erst nach sechs Wochen auf die Nachricht zu antworten, nachdem sie zufällig entdeckt wurde, ist durchaus unangenehm.

3 Nicht jeder Content muss auf jede Plattform!

Während bei Instagram viel junges Publikum anzutreffen ist, verzeichnet die größte Social-Media-Plattform Facebook immer weniger jüngere Nutzer. Hier kann es in der Kommunikation unserer programmatischen Inhalte Sinn ergeben, die angesprochenen Themen der Demografie der Plattformen anzupassen.

4 Qualität first!

Fotos sollten in hell beleuchteten Räumen und mit wenig Zoom geschossen werden. Auch gibt unsere FDP-Corporate-Identity, kurz „CI“, Gestaltungsrichtlinien vor (fdp.de/logo). Sie einzuhalten ist wichtig, damit Adressaten den Content automatisch mit den Freien Demokraten assoziieren. Sie sorgt gleichzeitig für gute grafische Darstellung. Googlen Sie regelmäßig nach den aktuellen Pixel- und Längenformaten, denn die unterschiedlichen Plattformen haben unterschiedliche Anforderungen und verändern diese immer wieder! Das klingt jetzt zwar wieder nach einem halben Designstudium. Aber keine Sorge, in vielen Fällen hilft der FDP-Kachelgenerator. ■



Als FDP-Gliederung können Sie sich unter fdp.de/kachelgenerator kostenfrei ein Nutzerkonto erstellen und den FDP-Kachelgenerator nutzen.

EIN LIBERALES LEBEN

„Wissen Sie, das sind ja auch nur Menschen, die Ansprache brauchen und ein wenig Gesellschaft. Und das ist ihr gutes Recht“, sagt Sonja Müller über ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Die 91-Jährige trinkt regelmäßig einen Kaffee – mit Doppelmördern, Vergewaltigern und anderen Verbrechern.



Holger Höfs
Vorsitzender
OV Oftersheim

Die ehemalige Postbeamtin ist in ein konservatives Haus geboren und ebenso erzogen worden. Ihre liberale Ader hat sie schon sehr früh entdeckt. Zum Ärger ihres Vaters, wie sie lächelnd erzählt. Noch immer besucht das FDP-Mitglied regelmäßig Landes- und Bundesparteitage. Sie führt ein konsequent emanzipiertes Leben. Ihren Sohn hat sie lieber allein erzogen, weil es mit ihrem Mann „einfach nicht gepasst hat“. In der Nachkriegszeit sicherlich kein leichtes Los.

Wenn die 91-Jährige heute in ihren Porsche steigt, zaubert das unweigerlich ein Lachen in ihr Gesicht. Nach kurzer Fahrt wird es ernst. Sicherheitstore öffnen und schließen sich hinter ihr, routiniert lässt sie einen Scan über sich ergehen, wird abgetastet, ihre Tasche wird durchsucht. Sie befindet sich in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal.

Weiter durch einen langen Gang, durch Sicherheitstüren und unter den wachenden Augen der Justizvollzugsbeamten kommt sie an ihr

Ziel: den Aufenthaltsraum der ganz schweren Jungs.

Sonja Müller engagiert sich seit über 20 Jahren besonders für Strafgefangene. Sie sitzen für ihre Taten langjährige oder sogar lebenslange Haftstrafen ab. Müller gibt diese Menschen nicht auf und spricht mit ihnen über „Gott und die Welt“. Sie ist Gesprächspartnerin mit viel Verständnis und der Gabe zuzuhören. Sie will dabei keineswegs die Schwere dieser Taten verharmlosen. Sie lässt diese Menschen für ein paar Stunden wieder an der Gesellschaft teilhaben und ist oft ihr einziger Kontakt zur Außenwelt. Für diese ehrenwerte Haltung wurde sie bereits mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Die Strafgefangenen können sich mit einem Brief an Müller für die „ehrenamtliche Betreuung“ bewerben. Natürlich erfährt sie auch viel über die Taten und wie es dazu kommen konnte. Ihr ist eines besonders wichtig: Ein Gefängnis ist für sie eine Resozialisierungsmaßnahme.

Deshalb gibt sie den Insassen Ratschläge für das Leben „hinter Gittern“ und für das Leben danach. Sie entscheidet selbst, wen sie betreut und wer ihre Unterstützung erhält.

Insgesamt 16 Strafgefangene hat Sonja Müller im Gefängnis und auf dem Weg aus dem Gefängnis begleitet. Sie ist in den JVA's Bruchsal, Mannheim, Berlin, Offenburg und Werl tätig. Darüber hinaus empfängt sie Strafgefangene auch in ihren Privaträumen, bietet sich als Gesprächspartnerin an und begleitet sie auf Spaziergängen. Einen Künstler unter den Strafgefangenen unterstützte sie mit der Organisation einer öffentlichen Ausstellung seiner Werke.

Auf dem Heimweg nach Schwetzingen denkt sie gerne daran, dass sie nie ihr Ziel aus den Augen verloren hat und schon lange nicht mehr „auf das Geschwätz der anderen hört“. ■

ÜBER EINEN, DER AUSZOG, UM DIE FDP ZU UNTERWANDERN

Als Finanzexperte hat Dr. Hermann Otto Solms die Politik der Freien Demokraten geprägt. 2020 wählte ihn die Partei zum Ehrenvorsitzenden. Seine kürzlich erschienene Autobiografie gibt Einblicke in sein persönliches Leben, politisches Denken und Wirken.



Annett Witte
Hauptgeschäftsführerin
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

Wenn jemand so lange wie Hermann Otto Solms in der Politik tätig ist, dann ist jedenfalls bei denjenigen, die sich mit Politik beschäftigen, ein Bild entstanden. Ob und inwieweit dieses Bild mit der Wirklichkeit übereinstimmt oder nur eine Überlagerung ganz verschiedener Facetten dieses Menschen ist: Wer weiß das schon? Ich hatte das Riesenglück, fast 10 Jahre eng mit Hermann Otto Solms zu arbeiten. Auch ich habe eine Vorstellung davon gehabt, wer oder was Hermann Otto Solms ist.

Umso gespannter war ich auf

seine Autobiografie. „Frei heraus – Mein selbstbestimmtes Leben“ ist der Titel seiner spannenden Lebensgeschichte. Das Buch ist eine lebendige Mischung aus sehr persönlichen Erinnerungen und politischen Schlüsselerlebnissen in der Geschichte der Bundesrepublik. Schon der Titel beschreibt, was Hermann Otto Solms antreibt. Und zwar sowohl im Persönlichen, aber auch im Politischen. Ihm geht es um Freiheitsräume. Für sich persönlich, für andere und für die Gesellschaft insgesamt. Und trotzdem oder vielleicht auch deswegen hat sich Hermann Otto Solms nie als Einzelkämpfer verstanden oder sich so verhalten. Die innerparteiliche Geschlossenheit war für ihn eine entscheidende Voraussetzung für politischen Erfolg. Egotrips waren nicht seine Sache, auch wenn er natürlich die Wirkmacht pointierter Meinungsführerschaften Einzelner für die Außenwirkung einer politischen Bewegung wie den Freien Demokraten verstanden hat. Die Einschätzung der Ambivalenz von prägenden Persönlichkeiten wie Genscher und Möllemann machen das deutlich.

Und trotz klarer Standpunkte war er meist darauf bedacht, pragmatische Kompromisse zu erreichen. In der Partei führte diese Art des Politikmanagements nicht nur zu großer Zustimmung.

Hermann Otto Solms schätzt das ehrlich und reflektiert ein am Beispiel des Beinahe-Scheiterns der damaligen schwarz-gelben Koalition beim Streit um die Einführung der Pflegeversicherung im Umlageverfahren anstatt des von der FDP bevorzugten Kapitaldeckungsverfahren. Bezeichnenderweise steht dieser Abschnitt im Kapitel mit der Überschrift „Die Mechanik des Koalierens“. Für Solms, den hochgebildeten, wahnsinnig vielseitig interessierten Menschen aus hochadliger Familie, stand das Handwerkliche erfolgreicher Politik dem Intellektuellen in der Relevanz für Erfolg nicht nach.

Um noch einmal auf den Ausgangspunkt dieses Textes zurückzukommen: Ja, das Buch hat mich überrascht. Ich wusste nicht, dass Hermann Otto Solms im Wege einer studentischen Unterwanderungsoffensive ursprünglich zur FDP finden wollte. Witzigerweise bin auch ich durch eine ähnliche Aktion auf die FDP aufmerksam geworden. Er 1968 in Gießen, ich 1998 in Berlin.

Am Ende ist „Frei heraus“ ein Must-Read in der Riege der politischen Bücher der Saison: Für Geschichtsinteressierte, für die, die wissen wollen, wie Regieren geht, für an Politik-Insiderwissen-Interessierte und für die, die den Menschen Hermann Otto Solms neu kennenlernen wollen. ■

DER DYNAMISIERER



Foto: Tobias Koch

Christian Dürr
FDP-Fraktionsvorsitzender

Der 44-jährige Ökonom Christian Dürr rückte im Dezember 2021 an die Spitze der Bundestagsfraktion.

Er blickt auf eine vielfältige politische Laufbahn bei den Freien Demokraten zurück, die ihn über die Landespolitik bis in den Deutschen Bundestag geführt hat: Der gebürtige Niedersachse engagierte sich ab 1995 bei den Jungen Liberalen, trat ein Jahr später in die FDP ein. Aufgewachsen ist Christian Dürr in Ganderkesee nahe Bremen, wo er auch heute noch mit seiner Familie lebt. 2007 schloss er sein Studium als Diplom-Ökonom an der Universität Hannover ab. Zu dieser Zeit war er bereits seit vier Jahren Mitglied des Niedersächsischen Landtags, ab 2009 als FDP-Fraktionsvorsitzender. 2012 heiratete er und ist heute Vater

von zwei Kindern. Seit dem sensationellen Comeback der Freien Demokraten im Wahljahr 2017 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags, 2021 konnte er sich erneut sein Mandat sichern. Aufgrund seiner Expertise ist Christian Dürr innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion als Experte für Haushalts- und Finanzthemen geschätzt, ebenso zählen Digitalisierung und Einwanderung zu seinen Herzensthemen. Er ist ein Reform- und Dynamisierer, sein Credo lautet: „Deutschland ruht sich zu sehr auf seinem Wohlstand aus. Wir brauchen dringend Reformen, um auch in Zukunft unseren Lebensstandard halten zu können.“ ■

Anzeige

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der besten der Welt. Mehr unter pkv.de/linda



IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER

EIN FINANZMINISTER FÜR ALLE

Unser Land durch liberale Inhalte nach vorne zu bringen, ist entscheidend. Die fdplus sprach mit Christian Lindner über die Schlüsselrolle der Freien Demokraten.



CHRISTIAN LINDNER
Bundesminister der Finanzen

Herr Lindner, wie hat sich Ihre Rolle durch Ihr Amt als Bundesminister der Finanzen verändert?

Meine Aufgabe bisher war es, Politik aus der Opposition heraus zu verändern. Manchmal musste ich dafür den Finger in die Wunde legen. In meiner neuen Rolle möchte ich aus der Regierung heraus Gutes für unser Land bewirken. Mich leitet dabei mein liberaler Kompass. Generell möchte ich ein Bundesfinanzminister sein, der auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger vertritt, die diese Regierungskonstellation vielleicht nicht gewählt haben. Die Inflation trifft alle Bürgerinnen und Bürger hart. Wir haben deshalb ein Entlastungspaket auf den Weg gebracht, das die breite Mitte der Gesellschaft noch in diesem Jahr kurzfristig entlasten wird. Das Paket beinhaltet u. a. die Abschaffung der EEG-Umlage, die nachträgliche Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags bei

der Steuer sowie weitere Maßnahmen für einkommensschwächere Haushalte.

Besteht nicht dennoch die Gefahr, dass liberale Vorhaben in künftigen Projekten übergangen werden?

Mit dem Verzicht auf Steuererhöhungen und dem Festhalten an der Schuldenbremse haben wir zwei zentrale Wahlversprechen durchgesetzt, die es ohne die Freien Demokraten nicht geben würde. Das sind die Leitplanken, zwischen denen die Politik der Regierung sich bewegen muss. Als Vorsitzender der FDP setze ich mich aber natürlich unvermindert für Entlastungen ein. So haben wir zum Beispiel darauf hingewirkt, dass die EEG-Umlage schon bald abgeschafft werden kann. Der Staat muss Freiräume schaffen. Denn nur mit einer prosperierenden Marktwirtschaft werden wir die Weichen für die Transformationen der Zukunft stellen können. Leider aber gibt es nicht für jeden Entlastungsschritt, den ich mir wünsche, derzeit eine Mehrheit im Deutschen Bundestag. Das wäre in einer Regierungskonstellation unter Einschluss der Union allerdings nicht anders gewesen.

Die Ampel-Koalition besteht aus drei sehr unterschiedlichen Partnern. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus für die FDP?

Uns Freien Demokraten kommt in dieser Bundes-

regierung eine Schlüsselrolle zu. Ich sehe uns als ordnungspolitisches Gegengewicht. Wir bürgen dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft in der Regierung eine starke Stimme hat. Mit SPD und Grünen haben wir zurzeit zwei Partner, die mir gewiss nicht widersprechen, wenn ich sage, dass sie sich links der Mitte positionieren. Sie setzen stark auf Lenkung durch den Staat, vor allem in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Auf der anderen Seite sehe ich eine Union, die aus der Opposition heraus teilweise sehr klassische Positionen vertritt, die sie aber in 16 Jahren Regierung nie umgesetzt hat. Wir Freie Demokraten verstehen uns als Partei der Mitte. Auch ein Ampel-Bündnis auf Bundesebene macht uns nicht zum Teil eines politischen Lagers. Wir regieren in unterschiedlichen Konstellationen – in einem Jamaika-Bündnis in Schleswig-Holstein zum Beispiel, in einer Deutschland-Koalition in Sachsen-Anhalt oder mit einer sehr erfolgreichen schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen. Bei Koalitionen ist für uns immer entscheidend, dass wir liberale Inhalte durchsetzen können. Der FDP kommt jetzt die herausfordernde Aufgabe zu, unser Land in der Mitte zu halten und es gleichzeitig nach vorne zu bringen.

Lesen Sie das vollständige Interview unter fdp.de/fdplus-lindner ■

DAS CHANCENMINISTERIUM

Die fdplus befragte Bildungs- und Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger zu Zukunftsprojekten, Präsenzunterricht und zu dem Schwerpunkt beim Klimaschutz.



BETTINA STARK-WATZINGER
Bundesministerin für Bildung
und Forschung

Welche konkreten liberalen Anliegen können Sie im Ministerium für Bildung und Forschung nun endlich umsetzen? „Mehr Chancen durch mehr Freiheit“ heißt es im Leitbild der Freien Demokraten. Diesem Gedanken fühle ich mich verpflichtet und deshalb verstehe ich mein Haus als Chancenministerium. Wir wollen als Koalition mehr Fortschritt wagen und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Dabei kommen Bildung und Forschung eine Schlüsselrolle zu. Entsprechende Vorhaben sind im Koalitionsvertrag vereinbart: etwa der Digitalpakt 2.0, das Startchancen-Programm oder die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig Präsenzunterricht für Schülerinnen und Schüler ist. Was wird getan, damit die Schulen offenbleiben können? Der Präsenzun-

terricht ist ein hohes Gut, weshalb ich mich immer gegen Schulschließungen ausgesprochen habe. Auch gegen Omikron haben die bewährten Maßnahmen geholfen: Masken, Testen, Hygienekonzepte. Mit sinkenden Zahlen müssen aber auch Lockerungen in den Schulen kommen. Dabei sollte gewährleistet sein, dass wir den Präsenzunterricht nicht gefährden. Das ist auch eine Frage der Chancengerechtigkeit. Es sollte und muss regional differenziert gelockert werden. Konkret bedeutet das zum Beispiel ein reduziertes Testen und das Abnehmen der Maske am Platz. Unsere Kinder brauchen Normalität. Es muss aber auch Vorsorge für das neue Schuljahr getroffen werden. Deshalb brauchen wir auch im Frühling und Sommer niedrigschwellige Impfangebote an den Schulen. Darüber hinaus muss die Digitalisierung der Schulen dringend beschleunigt werden.

Der Koalitionsvertrag enthält vieles zum Thema Hochschulen, Wissenschaft und Forschung. Welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen? Die längst überfällige Reform des BAföG. Den kontinuierlichen Rückgang der Gefördertenzahlen können wir so nicht hinnehmen. Jeder und jede soll studieren oder eine schulische Berufsausbildung machen können. Ich möchte dem

BAföG deshalb schnellstmöglich einen Schub geben. Wir haben kürzlich einen ersten Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der jetzt abgestimmt wird. Mein Ziel ist, dass eine erste Reform bereits zum Wintersemester 2022/23 wirksam wird.

Was kann Ihr Ministerium, was kann Deutschland gegen den Klimawandel erreichen? Was sind Ihre Schwerpunkte? Die Bewältigung des Klimawandels ist eine Menschheitsaufgabe. Wenn es uns gelingt, die CO₂-Emissionen ab 2050 auf unter „netto null“ zu senken, können wir ihn anhalten. Dies werden wir nur mit Forschung und Innovationen erreichen. Wir müssen schon heute im großen Stil CO₂ einsparen, das ist unbestritten. Wir müssen aber auch neue Technologien und Methoden entwickeln, zum Beispiel zur Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre. Wir müssen unsere Industrie auf Wasserstoff umstellen und die klimafreundliche Mobilität der Zukunft technologieoffen gestalten. Dazu gehören Elektroautos und alternative Kraftstoffe wie E-Fuels. Denn wir sollten lieber auf Technologien setzen als auf Verzicht. Ich verstehe mein Haus auch in dieser Frage als Chancenministerium.

Lesen Sie das vollständige Interview unter fdp.de/fdplus-stark-watzinger ■

DEM MENSCHEN DIE FREIHEIT GEBEN, ER SELBST ZU SEIN

Dr. Marco Buschmann setzt sich als Justizminister für Freiheit, Rechtsstaat und Digitalisierung ein. Ein Gespräch mit der fdplus über die anstehenden Vorhaben.



DR. MARCO BUSCHMANN
Bundesminister der Justiz

Sie sind promovierter Jurist, was hat Sie in jungen Jahren am Jura-Studium gereizt? Schon als Schüler habe ich mich für Fragen interessiert wie: Was ist Gerechtigkeit? Welche Aufgabe hat der Staat? Wie sichern wir Freiheit? Da schien mir das Jura-Studium nur konsequent zu sein.

Wie haben Sie die Vereidigung als Bundesminister der Justiz erlebt?

Den im Grundgesetz vorgeschriebenen Amtseid kennen alle Politikinteressierte. Ihn selbst zu schwören: Das habe ich als etwas sehr Besonderes erlebt. Zwei Gefühle standen für mich in diesem Moment im Vordergrund: Freude über das gemeinsam Erreichte – und Demut angesichts der übernommenen Verantwortung.

Sie sind der neunte von der FDP gestellte Bundesminister der Justiz. In welcher Tradition sehen Sie sich? Dass Bundesminister der Jus-

tiz häufig aus der FDP kommen, ist kein Zufall. Der Leitwert der Freien Demokraten ist die rechtsstaatlich verfasste Freiheit. Für deren Wahrung trägt das Bundesministerium der Justiz eine herausgehobene Verantwortung; schon deshalb haben Liberale eine fast schon natürliche Affinität zu diesem Ressort. Zugleich ist das Justizministerium auch das Ressort des gesellschaftspolitischen Fortschritts. Viele historisch wichtige Reformen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, egal ob im Familienrecht oder im Strafrecht, sind hier ausgearbeitet worden – oft angestoßen von den Freien Demokraten. Mein Ziel ist es, an beide Traditionen anzuknüpfen: An die Tradition des engagierten Einsatzes für den Wert der Freiheit und an die Tradition der gesellschaftspolitischen Erneuerung. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die letzte Justizministerin aus der FDP, hat in ihren Amtszeiten ebenfalls beide Traditionen fortgeschrieben. Gerade auch daran möchte ich anknüpfen.

Nach 100 Tagen im Amt haben Sie bereits die Abschaffung des Paragraphen 219a sowie die Einführung der Verantwortungsgemeinschaft angestoßen. Welche Vorhaben wollen Sie als Nächstes angehen? Mit etlichen weiteren wichtigen Vorhaben stehen wir in den Startlöchern. Ich denke etwa an die Liberalisie-

rung des Namensrechts, an die Reform des Abstammungsrechts oder an die Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie. Schon auf der Zielgeraden sind wir bei der Verstetigung der virtuellen Hauptversammlung. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Digitalisierung des Gesellschaftsrechts, dem natürlich weitere Schritte folgen müssen. Große Aufmerksamkeit werden wir außerdem den abschließenden europäischen Beratungen zum Digital Services Act widmen. Dieses Vorhaben soll dazu beitragen, die Meinungsfreiheit im Netz in ganz Europa zu sichern. Und wir wollen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die alle Bürgerinnen und Bürger betrifft und im Moment nach Gerichtsentscheidungen ausgesetzt ist, durch die anlassbezogene Speicherung von Daten nach dem sogenannten Quick-Freeze-Verfahren. Hinter all diesen vielen Projekten verbirgt sich ein großer Gedanke. Thomas Dehler, der erste Bundesminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland, formulierte ihn wie folgt: „Die Aufgabe des wahren Rechts ist, dem Menschen die Freiheit zu geben, er selbst sein zu können“. Dieser Gedanke wird mich bei meiner Tätigkeit immer wieder leiten.

Lesen Sie das vollständige Interview unter fdp.de/fdplus-buschmann ■

EIN INDIVIDUELLES MOBILITÄTSANGEBOT FÜR ALLE

Die fdplus sprach mit Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing über die Transformation des Verkehrssektors und den Fortschritt durch die Digitalisierung.



DR. VOLKER WISSING
Bundesminister für
Digitales und Verkehr

Wie haben Sie die Vereidigung als Bundesminister für Digitales und Verkehr erlebt? Es ist für mich eine große Ehre, Deutschland als Bundesminister dienen zu dürfen. Nach einer sehr intensiven Zeit des Wahlkampfes, der Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen war die Wahl zum Bundeskanzler mit der anschließenden Vereidigung als Minister ein ganz besonderer, emotionaler Höhepunkt.

Welche inhaltlichen und persönlichen Herausforderungen hält Ihr neues Amt für Sie bereit? Persönlich gehe ich mit großer Gelassenheit, aber auch mit großem Respekt an die neue Aufgabe. Inhaltlich arbeite ich mit Hochdruck an der Transformation des Verkehrssektors hin zur Klimaneutralität. Diesen Prozess müssen wir erfolgreich gestalten und dabei die Mobilität der Gesellschaft sicherstellen und Arbeitsplätze schützen. Aber das ist

ein Prozess, den wir als Gesellschaft insgesamt leisten müssen. Auch im Bereich Digitales stehen wir vor großen Aufgaben. Die Defizite sind gerade in der Pandemie deutlich geworden: Wirtschaftshilfen konnten mangels Digitalisierung nicht ausbezahlt, Infektionsketten nicht verfolgt werden. Das ist ein Zustand, den sich Deutschland nicht leisten kann.

Welche Vision haben Sie für die Zukunft der Mobilität? Mobilität steht für Teilhabe und ist ein absolutes Schlüsselement für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und für die Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfes. Mobilität ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis. Mobilität ist nicht nur die Fahrt zur Arbeit, zum Einkaufen, sondern auch zu Freunden, zu kulturellen Veranstaltungen oder zu Freizeitaktivitäten. Individuelle Mobilität muss für jede und jeden bezahlbar bleiben. Ich will allen Menschen ein individuelles Mobilitätsangebot machen, das möglichst CO₂-neutral ist.

Zu den Kernkompetenzen der FDP gehören u. a. Digitalisierung und Entbürokratisierung. Wie können diese Kompetenzen in Ihrem Ressort bei künftigen Vorhaben zum Tragen kommen? Die Digitalisierung ist ein entscheidender Faktor, um beispielsweise Mobilität klimafreundlich, bezahlbar und indivi-

duell verfügbar zu machen. Sei es um den Radverkehr besser planen zu können, um neue digitale Mobilitätsplattformen im ÖPNV oder intelligente Ladestationen für E-Mobilität zu schaffen. Mit der Digitalisierung schaffen wir mehr Chancen für die Gesellschaft. Deswegen erstellt die Bundesregierung jetzt mit der Digitalstrategie ein Dach und eine konsistente Digitalpolitik mit einem roten Faden, die ich im Bundesministerium für Digitales und Verkehr verantworte.

Deutschland braucht einen umfassenden digitalen Aufbruch. Wie kann das gelingen? Wir brauchen ein Umdenken: Analoge Lösungen sind ein Auslaufmodell, sie nehmen uns Chancen und sie behindern uns zunehmend. Digitale Lösungen bieten uns in vielen Bereichen deutlich Verbesserungsmöglichkeiten. Diese Chancen sollten wir nutzen. Wir brauchen Lösungen, welche die Menschen überzeugen und begeistern. Sie müssen die Digitalisierung als Fortschritt empfinden. Ganz wichtig sind zunächst die digitale Infrastruktur, die Glasfasernetze und der Mobilfunk. Daneben ist die Verwaltungsmodernisierung ein ganz wichtiger Bereich, ebenso wie das Thema Daten und ihre Verfügbarkeit.

Lesen Sie das vollständige Interview unter fdp.de/fdplus-wissing ■

WIE WIR DIE INNOVATIONSKRAFT DEUTSCHLANDS STÄRKEN MÜSSEN



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der Friedrich-
Naumann-Stiftung für die Freiheit und
Professor für Internationale Wirtschaft an
der Otto-von-Guericke-Universität
Magdeburg

Vor Kurzem publizierte das Handelsblatt einen bemerkenswerten Befund: Deutschland ist im internationalen Vergleich als Exporteur von Hightech-Produkten drastisch zurückgefallen. Lag der Weltmarktanteil 1990 noch bei 10,8 Prozent, waren es 2020, also 30 Jahre später, nur noch 5,6 Prozent. Einer der Gründe ist der Aufstieg Chinas. Vom technologischen Niemandsland entwickelte es sich zum neuen Hightech-Giganten – auf Kosten der „alten“ Technologieführer USA, Japan und Deutschland. China ist auf dem Weg zur technologischen Supermacht, dem erklärten politischen Ziel seiner autokratischen Führung. 2020 stellte das Land fast ein Viertel der weltweiten Hightech-Exporte. 1990 waren es kaum messbare 1,1 Prozent.

Wenn ein Riesenreich wächst, müssen andere Weltmarktteilnehmer eben – relativ – schrumpfen. Das klingt wie eine Binsenweisheit. Die Realität ist allerdings komplexer. Vor allem der Bedeutungsverlust der beiden früher besonders erfolgreichen „klassischen“ Exportländer Japan und Deutschland springt ins Auge. Beide Länder erlebten in der Nachkriegszeit eine Art Wirtschaftswunder mit hochwertigen Industrie-Produkten: Die Deutschen in den 50er- und frühen 60er-Jahren, die Japaner danach bis in die 80er. Beide Länder wurden zu klassischen Industriegiganten, mit allerhöchster Pro-Kopf-Wertschöpfung und höchsten Einkommen.

Interessant ist, dass Japans Dynamik schon in den 90er-Jahren wieder drastisch nachließ und das Land trotz massiver monetärer und fiskalischer Nothilfen in eine langfristige Stagnation verfiel – offenbar parallel zum re-

lativen Niedergang seiner Innovationskraft. In Deutschland sah dies lange Zeit besser aus, allerdings nur dann, wenn man lediglich auf die gesamtwirtschaftlichen Wachstumszahlen blickte. Die Hightech-Export-Statistiken zeigten nämlich, dass auch hierzulande längst eine Stagnation eingesetzt hatte – jedenfalls bei der Innovationskraft. Ein lauter Warnschuss. Und schaut man auf die demografische Entwicklung, die Deutschland bevorsteht, gibt dies wenig Anlass zu Optimismus. Wie will unsere alternde und womöglich schrumpfende Nation allein die gewaltigen Herausforderungen der Klimawende bewältigen, wenn ihre Innovationskraft erlahmt?

Die Politik muss handeln, und zwar mit einer effektiven Rezeptur. Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung enthält eine Fülle von einzelnen Vorschlägen, die in die richtige Richtung gehen – auch mit Blick auf die technologische Unterfütterung der angestrebten Klimawende in Industrie, Energie und Mobilität. Wichtig ist allerdings, dass man die fundamentalen Ursachen der Innovationsschwäche im Auge behält und wirksam gegensteuert. Drei Punkte der Rezeptur sind dabei zentral:

1. Innovationskraft braucht viele kluge Köpfe. Die Anzahl der Menschen, die sich arbeitsteilig an der Suche nach neuem technischem Wissen beteiligen, muss kräftig zunehmen. Dafür gibt es eine Vielzahl sich ergänzender Wege: ein Einwanderungsgesetz, das diesen Namen verdient und begabte junge Menschen nach Deutschland zieht, selbst wenn sie noch keine feste Jobzusage haben;



Foto: iStock/fotografixx

→ INNOVATION KANN NUR MIT KLUGEN KÖPFEN UND KONZEPTEN GELINGEN.

ein Programm zur Motivation junger Menschen, sich für ein Hochschulstudium oder eine Berufsausbildung im MINT-Bereich zu entscheiden; Instrumente und Maßnahmen für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und alles zu unternehmen, um Mädchen und Frauen für technische Studiengänge und Berufe zu begeistern, die längst nichts mehr zu tun haben mit traditionellen Männerwelten. Schließlich die Verbesserung der technischen Ausbildung in jenen Berufen, die eine ganz eigene Innovationskraft mit sich bringen, z. B. in Design und Kunsthandwerk.

2. Innovationskraft braucht sehr gute Rahmenbedingungen. Die Anzahl der Unternehmen, die im Bereich der Hochtechnologie neu gegründet werden, muss drastisch zunehmen. Deutschland hat eine große Zahl etablierter Familienunternehmen mit stolzer Tradition, die sich über Generationen im Weltmarkt erfolgreich und innovativ durchgesetzt haben. Aber das Land hat zu wenige junge Unternehmen, die im Umfeld von Hochschulen entstehen. Dazu müssen die Bedingungen in allen Dimensionen des Umfelds verbessert werden: leistungsfähige Hochschul- und Universitätslandschaften; enge Verzahnung von öffentlicher Grundlagen- und privater Produktforschung; minimale Bürokratie und Regulierung; investitionsfreundliche Besteuerung sowie wohlwollende landes- und kommunalpolitische Begleitung vor Ort. Und wenn dann zusätzlich auch noch klug verwaltete Förderprogramme zur Verfügung stehen, ist dies umso besser.

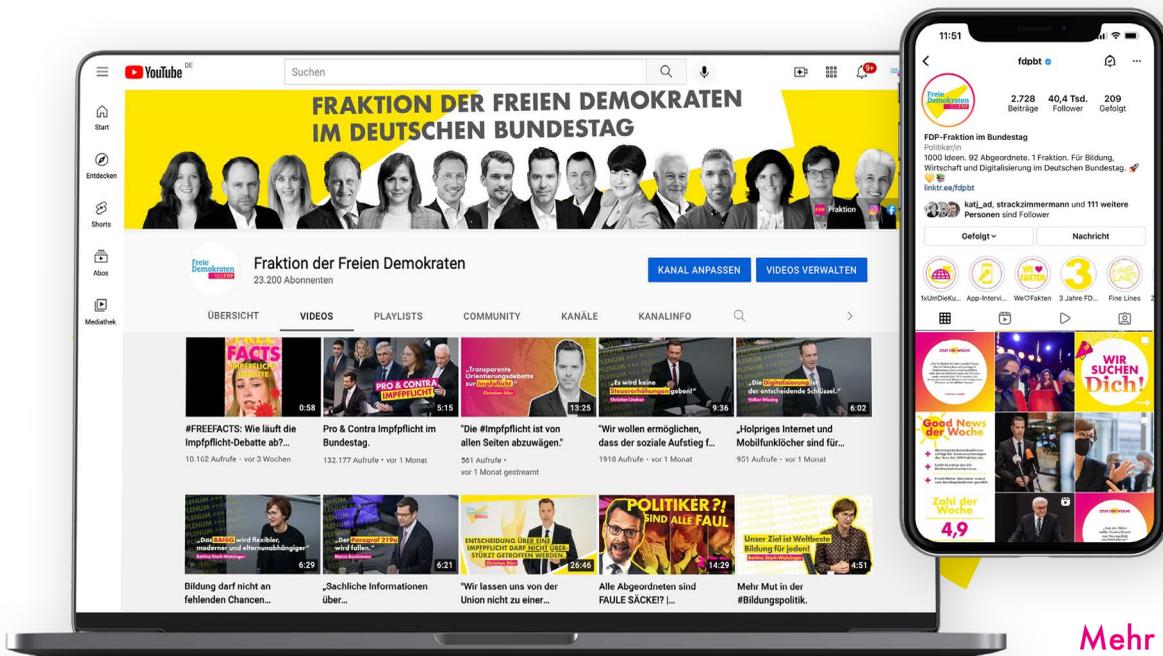
3. Innovationskraft braucht leistungsfähige Infrastrukturen. Früher galt dies vor allem für die Verkehrssysteme. Deutschland war in der großen Zeit der klassischen Industrialisierung eine Nation, die in dieser Hinsicht im internationalen Vergleich sehr gut mithalten konnte. Was im 19. Jahrhundert an Eisenbahn- und im 20. Jahrhundert an Straßennetzen ausgebaut wurde, konnte sich sehen lassen. Und es half, den Transport von Waren maßgeblich zu erleichtern – im Binnenland und grenzüberschreitend, und zwar für alle Güter, Hightech und „Lowtech“. Heute geht es vor allem um die Kommunikationsnetze und eine umfassende Digitalisierung des Landes, um im Zeitalter von informationsbasierter Industrie und innovativen Dienstleistungen konkurrenzfähig zu sein. Hier hat Deutschland dramatische Rückstände, die dringend beseitigt werden müssen – durch staatliche und private Investitionen, und zwar in städtischen Ballungsräumen genauso wie auf dem Land.

Fazit: Der Rückfall Deutschlands in der Statistik der Hightech-Exportnationen muss bitterernst genommen werden. Zu lange hat sich unser Land selbstzufrieden auf in die Jahre gekommenen, wettbewerblichen Vorteilen ausgeruht. Aus dem „klassischen“ Industrieland ist unterdessen ein „ältliches“ Industrieland geworden. Das muss sich ändern. Nur so sind auf Dauer die großen gesellschaftlichen Ziele zu erreichen: Wohlstand, Lebensqualität und Klimaschutz. ■

Social Media Kanäle der FDP-Fraktion abonnieren

Was passiert in einer Sitzungswoche? Welche Themen werden im Plenum besprochen? Und was macht die Fraktion dazu?

Wir informieren Sie über die Arbeit der Fraktion auf Facebook, Twitter, Instagram, TikTok und YouTube. Abonnieren Sie unsere Kanäle. 🍷



Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit

-  [fdpbt.de](https://www.fdpbt.de)
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.tiktok.com/@fdpbt)
-  [/fdpbt](https://www.youtube.com/fdpbt)

Freie Demokraten
Fraktion im Bundestag **FDP**